

Weltgipfel über die Informationsgesellschaft (WSIS) Genf, 9. - 12. Dezember 2003

Abriss über das Engagement der Schweiz als Gastland der ersten Phase des WSIS im Dezember 2003 in Genf

ZUSAMMENFASSUNG

Die erste Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS) vom 10. - 12. Dezember 2003 in Genf kann als Erfolg bezeichnet werden. Das politische Resultat – die Prinzipien-erklärung und der Aktionsplan – fiel besser aus, als auf Grund des schwierigen Vorbereitungsprozesses hätte erhofft werden können. Zu diesem Resultat haben die Vermittlungstätigkeiten der Schweizer Delegation in den letzten Tagen vor dem Gipfel wesentlich beigetragen. Auch das innovative Format des Gipfels, welches rund um den politischen Kern mit einer grossen Zahl von Veranstaltungen („Summit Events“) hervorragende Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zwischen den verschiedenen Stakeholders bot, ist allseits auf positives Echo gestossen. Nicht zuletzt trug auch die logistische und organisatorische Vorbereitung und die - trotz einer mit 11'000 fast doppelt so hohen Teilnehmerzahl wie prognostiziert - reibungslose Durchführung des WSIS 2003 in Genf zum Erfolg der ersten Phase bei. Auch die Zahl von 38'000 „Summit Events“-Besuchern und von 54 anwesenden Staats- und Regierungschefs sowie 83 Minister übertrafen die ursprünglichen Erwartungen deutlich. Die Anwesenheit von 1'000 Journalisten in Vertretung von 640 Medien hat dazu beigetragen, den Weltgipfel und seine Resultate in die ganze Welt hinaus zu tragen.

Die Schweiz hat für den WSIS insgesamt knapp 20 Mio CHF an extrabudgetären Mitteln aufgewendet. Das Engagement der Schweiz für den Erfolg des WSIS hat ihr internationalen Respekt und Anerkennung sowie einen guten Ruf als aktives UNO-Mitglied, als erfolgreiche Vermittlerin und als fortschrittliches Land in Sachen Informationsgesellschaft verschafft.

Inhaltsverzeichnis:

1.	Der WSIS und seine Ziele	1
2.	Die wichtigsten Gremien bei der Vorbereitung des Gipfels	1
3.	Die Rolle der Schweiz als Gastgeberland	2
4.	Die inhaltlichen Ergebnisse der ersten Phase des WSIS	3
5.	Teilnahme auf politischer Ebene	6
6.	Die Gipfelveranstaltungen („Summit Events“)	7
6.1	Plattform ICT4D.....	7
6.2	infoDev Symposium.....	8
6.3	Helloworld.....	9
7.	Kommunikation.....	10
8.	Logistik	11
8.1	Logistik für den gesamten Weltgipfel.....	11
8.2	Logistik für die Delegation des Gastgeberlandes Schweiz	13
9.	Sicherheit	14
10.	Bilanz der ersten WSIS - Phase	15
11.	Ausblick auf die zweite Phase 2005 in Tunis.....	16
Annex 1	Perspektive der Wirtschaft.....	17
Annex 2	Perspektive der Zivilgesellschaft	18
Annex 3	weitere Informationen und Dokumente.....	22

Bemerkung zu diesem Bericht:

Dieses Papier berichtet über die Aktivitäten der Schweiz als Delegation und Gastgeberland für die erste Phase des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, welche vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf stattfand. Der Bericht wurde vom Internationalen Dienst (IR) des BAKOM in Zusammenarbeit mit anderen Vertretern der Bundesverwaltung erstellt. Er fokussiert weniger auf den gesamten Vorbereitungsprozess mit den diversen Vorbereitungskonferenzen, sondern mehr auf die entscheidende Phase Ende des Jahres 2003. Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Nennung aller Aktivitäten der Schweiz zur Vorbereitung und Durchführung des WSIS. Er soll denjenigen, die an dieser Arbeit mitwirkten, als Gedächtnisstütze und denjenigen, die nicht daran teilnahmen als Veranschaulichung dazu dienen, was so in den groben Zügen die Aufgaben der Schweiz als Gastgeberland und als eine der treibenden Delegationen bei dieser Konferenz gewesen sind. Die Texte der VertreterInnen der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft im Anhang legen deren Einschätzung des WSIS-Prozesses dar und müssen sich nicht mit der Einschätzung der Verwaltung decken.

1. Der WSIS und seine Ziele

Vom 10. bis 12. Dezember 2003 fand in Genf die erste Phase des UNO-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft statt. Eine zweite Phase ist für 2005 in Tunis geplant. Ziel des WSIS ist es, ein globales Bewusstsein für die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu schaffen und eine Vision für die Informationsgesellschaft für alle Regionen, Länder und alle Menschen zu erarbeiten und auch umzusetzen. Diese Vision wurde im Dezember in Genf in einer von allen teilnehmenden Ländern akzeptierten Prinzipienerklärung festgehalten. Ebenfalls verabschiedet wurde ein Aktionsplan, der Wege und Massnahmen aufzeigt, wie diese Vision auch in die Realität umgesetzt werden soll.

Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben die Gesellschaft verändert und einen festen Platz eingenommen: Sowohl auf der Ebene der Wissensverbreitung, der Verhaltensweisen in der Gesellschaft und der Wirtschafts- und Handelspraktiken als auch im Bereich des politischen Engagements, der Medien, der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Freizeitbeschäftigungen sind die neuen Technologien zu einem Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Doch die Zugänglichkeit sowie die Mittel sind ungleich verteilt: Einige besitzen zu viel, viele zu wenig.

Wie hat die Welt nun mit diesen IKT-bedingten Veränderungen umzugehen? Was müssten Gesellschaften tun, um den sogenannten „Digitalen Graben“ zu verringern, das heisst, damit alle Bürgerinnen und Bürger des Nordens und des Südens vom Nutzen der IKT profitieren können? Solche Fragen wurden in Genf zum ersten Mal auf globaler Ebene diskutiert und entsprechende Massnahmen verabschiedet.

Eines der Hauptanliegen des WSIS ist es, die IKT gezielt zur Verbesserung von Lebensbedingungen von Menschen in Entwicklungsländern und benachteiligten Gruppen (insbesondere Sinnesbehinderte) zu nutzen. Nebst dieser entwicklungspolitischen Dimension wurden in Genf auch Fragen der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, der interkulturellen Verständigung, der Menschenrechte, insbesondere die Informationsfreiheit, der Rolle der Medien, des ecommerce und der institutionellen Rahmenbedingungen im weiteren Sinne diskutiert: z.B. Konsumentenschutz, Vertraulichkeit und Sicherheit der übertragenen Daten, Netzwerksicherheit, Umgang mit illegalen Inhalten, Liberalisierung der Telekom-Märkte, Investitionen für die IKT und nachhaltige Entwicklung. Weiter spielten in Genf Fragen des geistigen Eigentums eine bedeutende Rolle. Ebenso wurde der Bildung als grundlegende Voraussetzung für den Zugang zu den IKT und – damit zusammenhängend – der Überwindung der Armut zentrale Bedeutung beigemessen.

All diese Fragen – so war die Schweiz von Anfang an überzeugt – würden jedoch nicht von den Regierungen alleine gelöst werden können. Es braucht die aktive Mitarbeit, die Ideen und die Ressourcen der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft, um die Vision einer Informationsgesellschaft zu entwerfen und vor allem auch, um sie umzusetzen. Die Schweiz hat sich denn auch stets für einen weitestmöglichen Einbezug von Privatsektor und Zivilgesellschaft in den Gipfelprozess eingesetzt.

2. Die wichtigsten Gremien bei der Vorbereitung des Gipfels

Auf internationaler Ebene liegt die Verantwortung für den Weltgipfel bei der UNO. Dazu wurde ein *hochrangiger Organisationsausschuss (HLSOC)* geschaffen, welcher

unter dem UNO-Generalsekretär, Kofi Annan, wirkt. Das *Exekutivsekretariat WSIS (ES WSIS)*, das bei der *internationalen Fernmeldeunion (ITU)* angesiedelt ist, unterstützt den HLSOC und führt die operativen Arbeiten im Vorbereitungsprozess.

Auf Schweizer Ebene wurde ein *Comité Directeur Exécutif Suisse* für den WSIS gebildet, welches vom Direktor des Bundesamtes für Kommunikation präsiert wird. Es ist das Führungs- und Steuerungsorgan auf nationaler Ebene. Die inhaltliche Position der Schweiz wurde ab Frühling 2003 im Rahmen einer vom BAKOM geleiteten *Plateforme Tripartite* erarbeitet. An dieser offenen Plattform nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesämter, der Zivilgesellschaft, der Medien und der Wirtschaft teil. Seit Sommer 2001 wurde unter der Federführung des BAKOM in Genf ein *Schweizerisches Exekutivsekretariat* aufgebaut. Unter der Leitung des Delegierten des Bundesrates für den WSIS arbeitete es in organisatorischen und inhaltlichen Fragen sehr eng mit dem Generalsekretär der ITU, dem ES WSIS und mit der tunesischen Mission in Genf zusammen.

Von Seiten der Privatwirtschaft hat sich neben einzelnen Unternehmen aus dem IKT-Bereich vor allem die *Internationale Handelskammer (ICC)* aktiv am WSIS-Prozess beteiligt. Die Zivilgesellschaft zeigte von Beginn weg grosses Interesse am WSIS, wobei jedoch kritische Stimmen gegenüber den Regierungen sehr verbreitet waren. Die Schweiz setzte sich zusammen mit anderen Partnern stark für viele Anliegen der Zivilgesellschaft ein und unterstützte die Schaffung eines *Büros der Zivilgesellschaft*, welches ein wichtiges Element für deren Einbezug in den WSIS-Prozess darstellte.

3. Die Rolle der Schweiz als Gastgeberland

Die Schweiz hat als Gastland die führende Rolle für die erste Phase des WSIS eingenommen. Sie hat die Verantwortung für die logistische und operative Vorbereitung der ersten Phase des WSIS übernommen und dafür gesorgt, dass diese - trotz einer doppelt so hohen Teilnehmerzahl wie prognostiziert - reibungslos und störungsfrei durchgeführt werden konnte.

Seit Herbst 2001 hat sie, teilweise zusammen mit Tunesien, die diplomatische und negotiatorische Aufbauarbeit für den Gipfelprozess und seine Strukturen geleistet und es geschafft, erfahrene Kenner des UNO-Systems an Bord zu holen (Maurice Strong, Nitin Desai, Adolf Ogi), deren Know-How für den Gipfelprozess zu nutzen und sowohl die UNO in New York als auch das Büro der UNO in Genf zu einer intensiven Zusammenarbeit zu mobilisieren.

Die Schweiz war die treibende Kraft bei der Konzeptionierung und Umsetzung einer innovativen Gipfelarchitektur mit rund 200 um den politischen Kern des WSIS angelegten Parallelveranstaltungen („*Summit Events*“). Die Schweiz hoffte, mit diesen Veranstaltungen und dem Austausch von praktischen, konkreten Beispielen eine ideale Ergänzung zum Reigen der Reden der Politiker und zu den offiziellen Roundtables zu schaffen. Es sollte eine Begegnungsmöglichkeit für die Vertreter von Regierungen, Privatsektor und Zivilgesellschaft geschaffen und dadurch die Förderung von Multistakeholder-Netzwerken zur Lösung von konkreten Fragen der Informationsgesellschaft gefördert werden.

Die Schweiz hat einen wesentlichen Beitrag zur Mobilisierung wichtiger Partner geleistet, die dem WSIS anfänglich sehr skeptisch gegenübergestanden hatten (wie z.B. Weltbank, WEF, UNDP, UN ICT Task Force, ICC sowie verschiedene Unternehmen des Privatsektors).

Die Schweiz hat auch die Zivilgesellschaft politisch und materiell unterstützt. Sie hat sich für eine möglichst grosse Öffnung des WSIS – Prozesses auch für die Zivilgesellschaft eingesetzt. Während der Bund vor allem NGOs aus Entwicklungsländer finanziell unterstützte, übernahm der Kanton Genf den wesentlichen Anteil der Kosten des neu geschaffenen Büros der Zivilgesellschaft.

Zudem hat die Schweiz eine wesentliche Rolle bei der Kommunikation des WSIS und der Zusammenarbeit mit den Medien eingenommen.

Das finanzielle Engagement des Bundes für die erste Phase des WSIS betrug gegen 20 Millionen Schweizer Franken inklusive Sicherheit.

4. Die inhaltlichen Ergebnisse der ersten Phase des WSIS

Die Schweiz hatte in der Anfangsphase des WSIS *fünf Themen* als *prioritär* definiert. Es waren dies kulturelle Vielfalt und lokale Inhalte, regulatorische und institutionelle Rahmenbedingungen, e-Commerce und e-Business, IKT als Mittel zur Armutsbekämpfung sowie die Rolle der Medien in der Informationsgesellschaft.

Im Bereich der *kulturellen Vielfalt und lokalen Inhalte* gelang es im Verlaufe der PrepCom3, kulturelle und sprachliche Vielfalt, die Bewahrung und Weiterentwicklung kulturellen Erbes und die Produktion und Verbreitung lokaler Inhalte mittels IKT als wichtigen Pfeiler der Informationsgesellschaft in einem eigenen Kapitel in Deklaration und Aktionsplan zu etablieren.

Auch im Bereich der *regulatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen* der Informationsgesellschaft wurden die wesentlichen von der Schweiz vertretenen Anliegen auch von den anderen Staaten mitgetragen: Vertrauenswürdige, transparente, technologie-neutrale und nichtdiskriminierende Rahmenbedingungen, Standardisation, nationale Strategien zur Informationsgesellschaft, Anpassung an spezifische Verhältnisse wo sinnvoll, nationale Grundversorgung, Kompatibilität und Harmonisierung nationaler Gesetze wo nötig, Einbindung von Frauen, Jungen und Alten, von Behinderten und anderen Minoritäten, all diese Aspekte sind in den Schlusspapieren zu finden.

In den Verhandlungen etwas in den Hintergrund geraten war das Thema *e-Commerce und e-Business*. Dies in erster Linie deshalb, weil einige kontroversere Themen die grössere Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten und weil auch die Privatwirtschaft dieses Thema nicht allzu intensiv eingebracht hatte. Obwohl die Schweiz dieses Thema gerne prominenter platziert hätte, muss man damit zufrieden sein, dass wenigstens die zentralen Punkte wie z.B. das Potential der IKT als Motor für Innovation und wirtschaftliches Wachstum und zur Verbesserung der Zugangschancen von KMUs zum internationalen Markt in den Schlussdokumenten enthalten sind.

Unbestritten war bei allen Ländern die Notwendigkeit den digitalen Graben zu reduzieren, und einen verbesserten Zugang zu den neuen Technologien für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht gerade in Entwicklungsländern zu ermöglichen. Ein weiteres Anliegen des Gipfels war der gezielte Einsatz von IKT zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den ärmeren Ländern. Die Finanzierung all dieser Anliegen war gleichzeitig aber auch einer der umstrittensten Punkte der Verhandlungen.

Kaum unterstützt wurde die Schweiz lange Zeit mit ihrem Anliegen, die *Rolle der Medien* in der Informationsgesellschaft in den Dokumenten des WSIS angemessen zu behandeln und diesen ein eigenes Kapitel zu widmen.

Die Verhandlungen über die politische Prinzipienklärung und den Aktionsplan erwiesen sich als äusserst schwierig und kamen in vielen wichtigen Punkten lange Zeit nur langsam voran. In den letzten beiden Monaten vor dem Gipfel unterstützte alt Bundesrat Adolf Ogi in seiner Eigenschaft als Sonderbeauftragter des Bundesrates für den WSIS die Schweizer Delegation, dies sowohl im informellen Konsultationsprozess in Genf als auch auf Auslandsreisen, die ihn nach Washington, New York, Beijing und Teheran führten.

Als es an der zweiten Session der letzten Vorbereitungskonferenz (PrepCom) am 14. November nicht gelang, eine Einigung zu erzielen, erteilte die PrepCom der Schweizer Delegation unter der Leitung von BAKOM-Direktor Marc Furrer das Mandat, in informellen Konsultationen nach Lösungen für die umstrittenen Fragen zu suchen. Direktor Furrer wurde dabei u.a. vom Delegierten des Bundesrates für den WSIS, Botschafter Daniel Stauffacher, und den Herren Frédéric Riehl, Vizedirektor des BAKOM und Markus Kummer, eEnvoy des EDA, unterstützt. Diese Konsultationen fanden in Genf vor der Wiederaufnahme der PrepCom am 5. Dezember in bi-, pluri- und multilateralem Rahmen statt, wobei die verschiedenen Fragen auf verschiedene Mitglieder der Delegation verteilt wurden (u.a. übernahm Herr Riehl die Fragen Sicherheit und Geistiges Eigentum und Herr Kummer Internet-Gouvernanz, Menschenrechte, Medien und die Einleitung der zweiten Phase des Gipfels). Aufgrund dieser informellen Konsultationen legte die Schweizer Delegation ein neues Papier mit Kompromissvorschlägen vor, das von allen Seiten als neue Arbeitsgrundlage akzeptiert wurde. Während die Presse, die nationale Zivilgesellschaft und auch viele EU-Länder den WSIS bereits abgeschrieben hatten, liess sich das Schweizer Facilitator-Team nicht beirren und führte die Verhandlungen zwischen den Staaten mit bemerkenswertem Einsatz fort.

Am Abend des 9. Dezembers, genau 24 Stunden vor der Eröffnung, konnten die Schweizer Vermittler nach harten, nächtelangen Verhandlungen eine Einigung über Deklaration und Aktionsplan erreichen¹. Trotz langem Hin und Her zwischen 150 wenig homogenen Staaten konnte ein inhaltlicher Kompromiss erzielt werden, der allgemein als gut bezeichnet wird. Dieser Konsens war nur zu finden, indem man sich darauf einigte, für einige kontroverse Themen noch keine Lösungen zu präsentieren, sondern diese in der Zeit zwischen Genf und Tunis zu erarbeiten. So bei der Frage der *Internet-Governance* und den *Finanzierungsmöglichkeiten von IKT-Infrastruktur und IKT-Entwicklungsprojekten in den ärmeren Ländern*. Dies ist nicht allzu verwunderlich und gerade die Schweiz hat Genf 2003 stets als Startpunkt eines Prozesses angesehen und nicht als Ort, wo alle Lösungen bereits ausgehandelt sind. Was Rio für den Umweltschutz war, wird Genf nun für die Informationsgesellschaft sein.

Insgesamt konnten aus Schweizer Sicht gute Lösungen gefunden werden, dies insbesondere im politisch heiklen Bereich der Menschenrechte und der Medien. Unsere wichtigsten Partner im WSIS-Prozess (EU, USA, Kanada, Norwegen) drückten ihre Genugtuung darüber aus, dass es gelang, Kompromisse zu finden, ohne Abstriche an den westlichen Grundwerten zu machen.

Die Frage der *Finanzierungsmöglichkeiten von IKT-Infrastruktur und IKT-Entwicklungsprojekten in den ärmeren Ländern* war wie erwähnt einer der grössten

¹ Prinzipienklärung und Aktionsplan sind auf dem Internet-Portal des WSIS einsehbar:
<http://www.itu.int/wsisis/>.

Knackpunkte der Verhandlungen. In dieser Frage wurde erst ganz am Schluss eine Einigung auf einen Kompromiss erzielt. Vor allem die afrikanischen Länder wollten einen „digitalen Solidaritätsfonds“ schaffen, welcher eine Spezialfinanzierung für IKT-Infrastruktur und IKT-Entwicklungsprojekte (z.B. Telecominfrastruktur, e-education, e-health, ,etc.) gewährleisten würde. Die Europäische Union, aber auch Japan lehnten einen solchen Fonds mit dem Hinweis auf mangelnde Effizienz solcher neuer Einrichtungen kategorisch ab. Der in letzter Minute unter Vermittlung des BAKOM-Direktors erzielte Kompromiss sieht nun vor, einerseits den Solidaritätsfonds, den Senegal bereits jetzt errichten will, anzuerkennen und andererseits dem UNO-Generalsekretär ein Mandat zu erteilen, bestehende Finanzierungsmechanismen zu untersuchen und falls nötig Verbesserungsmöglichkeiten zu prüfen. Basierend auf den Resultaten dieser Untersuchung sollen auch die Machbarkeit sowie die Effizienz eines Solidaritätsfonds geprüft werden. Der Bericht des UNO-Generalsekretärs soll bis Ende 2004 vorliegen und als Grundlage für weitere Entscheide dienen.

Das Thema *Internet-Governance* war für viele Länder das Schlüsselthema. Zudem handelte es sich dabei um die einzig gänzlich neue und auf die Informationsgesellschaft zugeschnittene Fragestellung. Der erzielte Kompromiss sieht vor, unter der Ägide des UNO-Generalsekretärs eine Arbeitsgruppe unter Einbezug aller relevanten Organisationen, des Privatsektors sowie der Zivilgesellschaft einzusetzen. Diese Arbeitsgruppe soll alle damit zusammenhängenden Fragen untersuchen und allfällige Vorschläge zuhanden der zweiten Phase des WSIS in Tunis ausarbeiten. Mit dieser Lösung zeigten sich alle Seiten zufrieden (die Entwicklungsländer wegen der Einbindung in das UNO-System und die USA wegen der ausdrücklichen Versicherung, dass der Privatsektor als gleichberechtigter Partner miteinbezogen wird). Das Ergebnis stellt einen eigentlichen Durchbruch dar, wird damit doch ein internationaler Dialog eingeleitet. Dies ist nicht wenig, angesichts der Tatsache, dass die USA und andere Industrieländer im Vorfeld des Gipfels festhielten, dass der Status quo ausgezeichnet funktioniere und dass es dazu nichts zu diskutieren gebe.

In der Frage der *Menschenrechte* wurde im Vorfeld befürchtet, dass diese in der Deklaration als Basis für die Informationsgesellschaft nicht genügend gewürdigt und dass die Medien sogar ganz aus der Deklaration ausgeklammert würden. Vor allem China, unterstützt von Vietnam und einigen Arabischen Staaten, hat anfangs eine solche Position vertreten. China konnte nicht zuletzt auch durch die bilateralen Gespräche auf höchster Ebene von Bundespräsident Pascal Couchepin in Peking umgestimmt werden. Der Schweizer Kompromissvorschlag wurde am Schluss ohne grösseren Änderungen akzeptiert. Damit bestätigt die Prinzipienerklärung alle wichtigen demokratischen Grundwerte und enthält die notwendigen Hinweise auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und insbesondere auf die in Artikel 19 garantierte Meinungsfreiheit.

Mit der Bestätigung der Bedeutung von freien, unabhängigen und pluralistischen *Medien* konnte aus schweizerischer Sicht das Hauptziel erreicht werden. Ebenfalls gelang es, den Medien ein eigenes Kapitel zu widmen. Die Prinzipienerklärung stellt mit ihrem Medien-Kapitel für die Pressefreiheit einen neuen Massstab auf höchstem politischen Niveau dar, denn andere diesbezügliche Referenzen waren entweder zwiespältiger oder aber, wie verschiedene UNESCO-Erklärungen, hierarchisch nicht auf dem gleichen Niveau anzustufen.

Die Frage des geistigen Eigentums erwies sich als sehr schwierig und kontrovers. Insbesondere versuchten einige Delegationen in anderen auf Fragen des geistigen Eigentums spezialisierten Foren bereits bestehende Kontroversen im WSIS weiterzuführen und WIPO-Verhandlungen und Agreements via WSIS umzuinterpretieren.

Nach langen und mühsamen Verhandlungen konnte schliesslich eine Kompromisslösung gefunden werden, die zum Ausdruck bringt, dass zur Förderung von Innovation und Kreativität in der Informationsgesellschaft sowohl der Schutz des geistigen Eigentums als auch die Verbreitung und der Austausch von Wissen wichtig sind.

Zum Thema Sicherheit erarbeitete die Schweiz in informellen Konsultationen einen Vorschlag, der im Plenum verabschiedet werden konnte. Russland verzichtete dabei auf den Verweis auf die militärische Sicherheit. Immerhin wird den Fragen von Cybercrime und Internetmissbrauch das nötige Gewicht verliehen.

5. Teilnahme auf politischer Ebene

Am WSIS nahmen 54 Staats- und Regierungschefs sowie 83 Minister teil. Das sind deutlich mehr als zuerst erwartet, aber doch etwas weniger als kurz vorher angekündigt. Der Grund, weshalb nicht mehr Staats- und Regierungschefs in Genf waren, liegt einerseits am für viele Regierungen ungünstigen Zeitpunkt von Mitte Dezember, andererseits aber auch daran, dass die G8-Staaten nach dem schleppenden Gang der Verhandlungen nicht mehr an einen Erfolg des WSIS geglaubt hatten. Im Grossen und Ganzen kann das politische Interesse am Gipfel als gross bezeichnet werden, worauf auch die rund 1000 akkreditierten Journalistinnen und Journalisten hinweisen.

Bundespräsident Pascal Couchepin war vom 9.-12. Dezember 2003 als Präsident des WSIS in Genf anwesend. Er eröffnete am 9.12.03 den Gipfel, hielt am 10.12. die Eröffnungsrede und präsierte die erste Sitzung der Vollversammlung. Er leitete am 11.12. eine weitere Sitzung der Vollversammlung und am 12.12. die Schlusssitzung, während der die Deklaration und der Aktionsplan verabschiedet wurden. Als Gastgeber hielt der Bundespräsident auch die Schlussrede.

Im Rahmen seiner Verpflichtungen für den WSIS führte Bundespräsident Couchepin bilaterale Gespräche mit Jean-Pierre Raffarin, Premierminister von Frankreich, mit Mohammad Khatami, Präsident von Iran, mit Mir Zafarullah Khan Jamali, Premierminister von Pakistan, mit John Agyekum Kufuor, Präsident von Ghana, mit Boris Trajkovski, Präsident von Mazedonien, mit Askar Akaev, Präsident von Kirgistan und mit Amadou Toumani Touré, Präsident von Mali.

Bundesrat Moritz Leuenberger, Vorsteher des UVEK, nahm vom 11. bis 12.12.03 am WSIS teil. Er war zu einem der Vizepräsidenten des Gipfels gewählt worden und präsierte als solcher die Vollversammlung mit. Er hielt am 11.12. die Rede als Delegationschef der Schweiz. Der Vorsteher des UVEK führte während des WSIS bilaterale Gespräche mit Herrn Aso, japanischer Minister für öffentliches Management, innere Angelegenheiten, Post und Telekommunikation, mit L. Reyman, Russischer Minister für Information und Telekommunikation, mit L. Stanca, italienischem Minister der Wissenschaft und Technologie und Frau Lindberg, norwegische Transportministerin.

Auch Bundesrätin Micheline Calmy-Rey nahm am Gipfel teil. Sie eröffnete die ICT for Development (ICT4D) Plattform der DEZA, welche sie als ideale Ergänzung zum politischen Gipfel bezeichnete. Gemäss ihren Worten sollte die Plattform die Basis für weiterführende Aktionen und Massnahmen bilden.

6. Die Gipfelveranstaltungen („Summit Events“)

Wie bereits eingangs erwähnt, war die Durchführung von Parallelveranstaltungen („Summit Events“) rund um den politischen Kern des WSIS eine Innovation, welche wesentlich zum Erfolg des WSIS beitrug. Das Konzept der Summit Events war an einem von der Schweiz initiierten und organisierten internationalen Seminar im Winter 2001/02 in Coppet entstanden. Diese Architektur der Summit Events wurde fortan „Margueritte de Coppet“ genannt.

Verantwortlich für die Organisation der Summit Events war das Schweizerische Exekutivsekretariat in Genf zusammen mit den jeweiligen Verantwortlichen für die einzelnen Veranstaltungen. Ziel der Summit Events war es, am Gipfel neben dem politischen Kern eine Vielzahl von Multistakeholder-Plattformen und Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Die neue Gipfelarchitektur stiess auf eine breite Nachfrage und der vorhandene Platz respektive die zur Verfügung stehende Zeit waren schnell vergeben. Die Themen dieser Veranstaltungen waren vielfältig und deckten das gesamte Spektrum der in der Vorbereitung des WSIS behandelten Fragenkomplexe ab. Auch in ihrer Art waren Veranstaltungen äusserst vielfältig, es gab von klassischen Konferenzen, Ausstellungen, Preisverleihungen, offene Debatten und Diskussionsrunden, Workshops, Ateliers bis hin zu einem Konzert von Mobiltelefonklingeltönen. Die von der Schweiz initiierte Website «WSIS-online.net», ermöglichte einen nach Themen oder Datum geordneten Überblick über alle Veranstaltungen des WSIS.

Von den über 200 Parallelveranstaltungen des WSIS fanden 120 im Rahmen der ICT4D Plattform statt. Die meisten dieser Summit Events waren sehr interessant und teilweise sehr gut besucht.

Die Schweiz engagierte sich bei verschiedenen Summit Events: Mit Abstand die grösste Veranstaltung des WSIS war die ICT4D Plattform, welche von der DEZA und der Global Knowledge Partnership (GKP) organisiert wurden. Eingebettet in die ICT4D Plattform war das jährliche InfoDev-Symposium der Weltbank, welches vom seco mitorganisiert wurde. Die DEZA wie auch das BAKOM beteiligten sich massgeblich an der Finanzierung eines eigens für den WSIS konzipierten World Electronic Media Forum (WEMF), das von der European Broadcasting Union und dem UN Department for Public Information mitgetragen wurde. Bundespräsident Couchepin seinerseits präsidierte gemeinsam mit dem Präsidenten des World Economic Forum, Prof. Klaus Schwab, vier Rundtischgespräche zum Thema Verantwortung im Informationszeitalter. Auf grosses Interesse stiess das vom Bundesamt für Kultur getragene Helloworld-Projekt, welches nachts Textbotschaften via Laser auf Gebäude und Monumente in verschiedenen Erdteilen projizierte. Weitere Veranstaltungen wurden u.a. von internationalen Organisationen wie UNESCO, UNCTAD, OECD, UNECE, ITU oder dem Internationalen Handelzentrum ITC (UNCTAD/WTO) organisiert.

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten von der Schweiz unterstützten Summit Events etwas detaillierter vorgestellt:

6.1 Plattform ICT4D

Die Plattform ICT für Entwicklung (ICT for Development / ICT4D Plattform) fand vom 9. – 13. Dezember in Genf statt. Als grösste Begleitveranstaltung zum UNO-Weltgipfel über die Informationsgesellschaft bereicherte und ergänzte sie den politischen Gipfel. Akteure aus verschiedensten Bereichen fanden auf der Plattform mit einer Fläche von 16'000m² zu einem einzigartigen Treffen zusammen. Sie war die bisher grösste Veranstaltung dieser Art und setzte sich aus einer Ausstellung und

einem umfassenden Konferenzprogramm, dem ICT4D Forum, zusammen.

Die gemeinsam von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und der Global Knowledge Partnership (GKP) organisierte Plattform stand unter dem Motto "Connecting people for a better life" (Menschen verbinden – für ein besseres Leben) und hat 265 Organisationen aus rund 80 Ländern angezogen. Regierungsstellen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft, Geberagenturen und zwischenstaatliche Organisationen kamen hier zusammen. Ziel der Plattform war es, Projekte und Lösungen vorzustellen, Fragen rund um die ICT im Dienst der Entwicklung zu diskutieren und zukunftsorientierte, innovative Partnerschaften und Initiativen zu lancieren..

Die Plattform, die der breiten Öffentlichkeit zugänglich war, registrierte ungefähr 38'000 Besuche. Darunter Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, welche die Plattform am 9. Dezember eröffnet hatte, Bundesrat Moritz Leuenberger, und auch UNO-Generalsekretär Kofi Annan, der die „ICT for Development Plattform“ am 10. Dezember beehrte.

Zudem nutzten viele Staatschefs, zahlreiche Ministerinnen und Minister sowie Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft diese einmalige Gelegenheit, zu erleben, wie ICT – von einer einfachen Radiolampe über einen Telemedizinwagen bis zur nächsten Generation des Internets – innovativ genutzt werden kann, um die Armut zu verringern, Einkommen zu erzeugen und den Menschen mehr Mitbestimmung zu geben. Von besonderem Interesse waren Hunderte von Erfolgsgeschichten und Fallstudien, die aufzeigten, wie ICT-Instrumente eingesetzt werden, um Alltagsprobleme im Zusammenhang mit Ernährung, Unterkunft, Gesundheit, Erziehung und Verkehr zu lösen.

Gleichzeitig zur Ausstellung bot ein umfassendes Konferenzprogramm, das ICT4D Forum, die Möglichkeit, kritische Fragen im Zusammenhang mit ICT und Entwicklung aus verschiedenen Perspektiven zu diskutieren. An über 40 Podiumsdiskussionen und Workshops nahmen Innovatoren, führende Persönlichkeiten aus Regierungen und aus der Praxis teil. Ein weiterer Höhepunkt der ICT4D Plattform war das Jahres-symposium des Weltbankprogramms InfoDev, welches vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) organisiert wurde. Die Resultate der Diskussionen wurden an der Vollversammlung des Gipfels vorgestellt und flossen auf vielfältige Weise in den WSIS-Prozess ein.

6.2 infoDev Symposium

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) war am Weltgipfel für die Informationsgesellschaft mit dem Schwerpunkt „E-Business“ und seinen bilateralen und multilateralen Entwicklungsprojekten im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien vertreten. Aus dieser Fokussierung heraus organisierte das seco drei wesentliche Aktivitäten auf der ICT4D Plattform. Gemeinsam mit der Weltbankgruppe wurde am 9./10. Dezember zum ersten Mal das hochkarätig besetzte 8. Jahressymposium des "Information for Development" (infoDev) Programms in der Schweiz durchgeführt. Das Symposium stand unter dem Titel „ICT for Development: What Works and What Doesn't? Where Do We Go from Here?“. Auf der Basis von mehreren präsentierten hochkarätigen Studien, konnten die bisherigen praktischen Erfahrungen aus einer globalen Sicht verdichtet und damit wichtige Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung von ICT4D-Projekten abgeleitet werden. Mit diesen konkreten Resultaten war das Symposium inhaltlich ein Höhepunkt der ICT4D Plattform. Am 11./12. Dezember veranstaltete das seco in Partnerschaft mit dem Internationalen Handelszent-

rum (ITC) eine Serie von interaktiven Workshops zum Schwerpunktsthema E-Business und KMUs. Unter dem Workshop-Motto „The Changing Marketplace: Putting „e“ to Work“ präsentierten und diskutieren seco und ITC mit einem interessierten, international zusammengesetzten Fachpublikum von ca. 100 Experten die praktischen Erfahrungen und Verbesserungsansätze der bilateralen und multilateralen Projekte.

Speziell hervorzuheben ist die weltweit erstmalige Vorstellung von zwei internetgestützten Handbüchern zu den Themen "Recycling von Elektro-Schrott" und "elektronische Sicherheit" in Entwicklungsländern. Aufgrund der hohen Themenaktualität waren die Workshops sehr gut besucht und haben sich schliesslich durch eine hohe Interaktivität, Praxisrelevanz und Medienresonanz ausgezeichnet. Als physischer Dreh- und Angelpunkt seiner Präsenz war das seco gemeinsam mit infoDev, ITC und seinen anderen Projektpartnern (Swiss Import Promotion Programme; swiss interactive media and software association; EMPA; the Swiss Organisation for Facilitating Investments, FUNDES) auf einem attraktiven Gemeinschaftsstand vertreten. Hier wurde von jedem Aussteller täglich zwischen 10 und 20 Projektpräsentationen durchgeführt, die auf reges Interesse gestossen sind. Im Rahmen des politischen Gipfels war das seco schweizerischerseits für den Bereich e-business zuständig und hat das federführende BAKOM durch Kommentare und Inputs zur Gipfelerklärung und Aktionsplan unterstützt.

6.3 Helloworld

Das BAK verfolgt und untersucht innerhalb seines Kulturförderungsauftrags seit drei Jahren den Einfluss der Neuen Technologien auf unsere Gesellschaft, insbesondere auf das kulturelle Schaffen. In der Schweizer Delegation vertreten und für die Themen „Kulturelle Identität und Vielfalt“ und „Kulturelles Erbe“ zuständig, produzierte und präsentierte das BAK in Zusammenarbeit mit dem Künstler Johannes Gees das Projekt HELLOWORLD, eine interaktive Plattform, welche die Stadt Genf, den Tagungsort des Gipfels, virtuell mit der Welt verbunden hat. HELLOWORLD wurde vom Bundespräsidenten Pascal Couchepin als Geschenk der Schweiz mit der persönlichen Botschaft „La communication est le souffle de la liberté“ an der Eröffnungszereemonie im Palexpo präsentiert und aufgeschaltet.

Per Internet oder SMS konnte die Zivilgesellschaft Kurzbotschaften eingeben. Diese wurden nach einer redaktionellen Auswertung durch ein zehnköpfiges Team bei Swissinfo via Laserstrahl auf architektonisch markante Orte in vier Städten und in Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Hindi und Portugiesisch projiziert: in Genf auf den Jet d'Eau, in Mumbai auf das Air India Gebäude, in Rio de Janeiro auf den Morro dois Irmaos und in New York auf das UNO-Gebäude. Gleichzeitig wurden die projizierten Botschaften auch im Konferenzgelände des PALEXPO in einer eigens dafür angefertigten Kunstinstallation präsentiert.

Aus zahlreichen Pressemeldungen ist zu entnehmen, dass die Bevölkerung in allen vier Städten mit grosser Begeisterung teilgenommen hat, was HELLOWORLD zu einem der erfolgreichsten Summit Events macht. Insgesamt gingen bei Swissinfo 38000 Botschaften via Website (95%) und SMS (5%) ein. Das Thema Weltfriede überragte alle anderen teils philosophischen, teils politischen und teils sehr persönlichen Botschaften. Die meisten politischen Meldungen kamen aus Rio de Janeiro, wo die Bevölkerung ihre Sorge um Armut, Ausbeutung, Korruption und Gewalt der Welt verkündete. Die persönlichen Botschaften erfassten Liebeserklärungen, Heiratsanträge, Weihnachts- und Neujahrsgrüsse an Freunden, Familien, Länder und Konti-

nente.

Nachfolgend eine kleine Auswahl solcher Botschaften:

Let Love Rule

God is a Mother

We Are Family

We are all the same, even your enemy

If you want to understand start to listen!

Never be so well-rounded that you become pointless.

You can turn the lights off, I have found the dog.

Good News: We are all different!

Religion is about love. Man has made it about war.

An angel is an idea with wings and arms to hold you...

If you see this message, I love you

Imagine Peace

Cleanse the doors of perception and everything will appear as it is - Infinite.

Peace can only last where human rights are respected, where the people are fed, and where individuals and nations are free.

An eye for an eye makes the world blind

Fanatic roots grow best on a field of poverty and hopelessness

(Alle Botschaften sind im Online-Archive auf der Website www.helloworldproject.com gespeichert.)

7. Kommunikation

Die Schweiz hatte im Jahr 2002 eine Website für den WSIS eingerichtet und veröffentlichte ab Januar 2003 ein monatliches Infobulletin, welches in drei Sprachen erschien. Nachdem allerdings die Kommunikation des WSIS auf internationaler Ebene lange Zeit unkoordiniert verlief und der Gipfel über die direkt involvierten Kreise hinaus nach wie vor kaum bekannt war, beschloss die Schweiz im Frühsommer 2003, sich auch im Bereich der Kommunikation verstärkt zu engagieren. Die Zeit, um eine eigentliche Kommunikationsstrategie auf die Beine zu stellen und zu implementieren, war allerdings zu kurz. Zudem war es mangels Erfahrung von sämtlichen Players schwierig, die Zuständigkeiten zwischen ITU, UNO New York, UNO Genf und der Schweiz zu definieren. Dank dem verstärkten Engagement der Schweiz und dem pragmatischem Vorgehen und grossem Goodwill sämtlicher Involvierten gelang es schliesslich dennoch, den Gipfel ausreichend zu kommunizieren und auch diesbezüglich gut über die Bühne zu bringen.

Die nationalen und internationalen Medien haben lange Zeit, eigentlich bis kurz vor dem Gipfel gewartet, um intensiv über den Gipfel zu berichten. Dies hatte das UN Department of Public Information (UNDPI) auch so vorausgesagt. Die Schweiz musste denn auch immer wieder Journalisten von der Wichtigkeit des Gipfels überzeugen. Im Nachhinein lässt sich aber sagen, dass dies nicht geschadet hat: diese Informationen und Kontaktnahmen haben als Basis für Hintergrundinformationen bzw. Beziehungspflege gewirkt, die sich während des Gipfels ausbezahlt hat. Die Bundesratswahlen auf nationaler und die Festnahme von Saddam Hussein auf der internationalen Ebene haben dem WSIS zwar Medienberichterstattungsplatz – und –zeit „gestohlen“. Dennoch haben sich immerhin ca. 1'000 Medienschaffende für 640 Medien akkreditiert und schliesslich auch in zufrieden stellender Ausführlichkeit über den WSIS berichtet. Die Kommunikationsstelle des BAKOM hat einen Medienspiegel national und international zusammengestellt, welcher den Interessenten zur Verfügung gestellt werden kann.

Für die Dauer des WSIS hat die Schweiz den Journalisten ein ausgezeichnet funktionierendes Medienzentrum angeboten, welches von diesen mit grosser Zufriedenheit benutzt wurde.

Kommunikationsmässig hat die Schweiz folgende Mittel verwendet:

- *Websites:* Das Schweizer Exekutivsekretariat hat die Internet-Seiten wsisgeneva2003.org und wsis-online.net sowie ein Informationsbulletin ins Leben gerufen. Die Schweiz hat sich auch um die Gestaltung und den Druck des Gipfelprogramms gekümmert.
- *Kommunikation der Events:* Der Entscheid, von Schweizer Seite auf die Kommunikation der Einmaligkeit der Gipfelveranstaltungen zu setzen, war richtig. Insbesondere die Medien haben Alternativen zur politischen Berichterstattung geschätzt. Dieser Schwerpunkt hat wahrscheinlich auch dazu beigetragen, dass eine so hohe Teilnehmerzahl erreicht wurde.
- *Sponsoring:* Dieses wurde zu spät aufgezogen, die Budgets waren schon längstens für andere Zwecke vorgesehen. Ob das Potential grösser gewesen wäre, ist schwierig zu beurteilen: die Telecom-Branche war 2003 nicht gerade auf Rosen gebettet, und die knapp zwei Monate davor ebenfalls in Genf stattfindende World Telecom 2003 stellte eine grosse Konkurrenz zum WSIS dar.

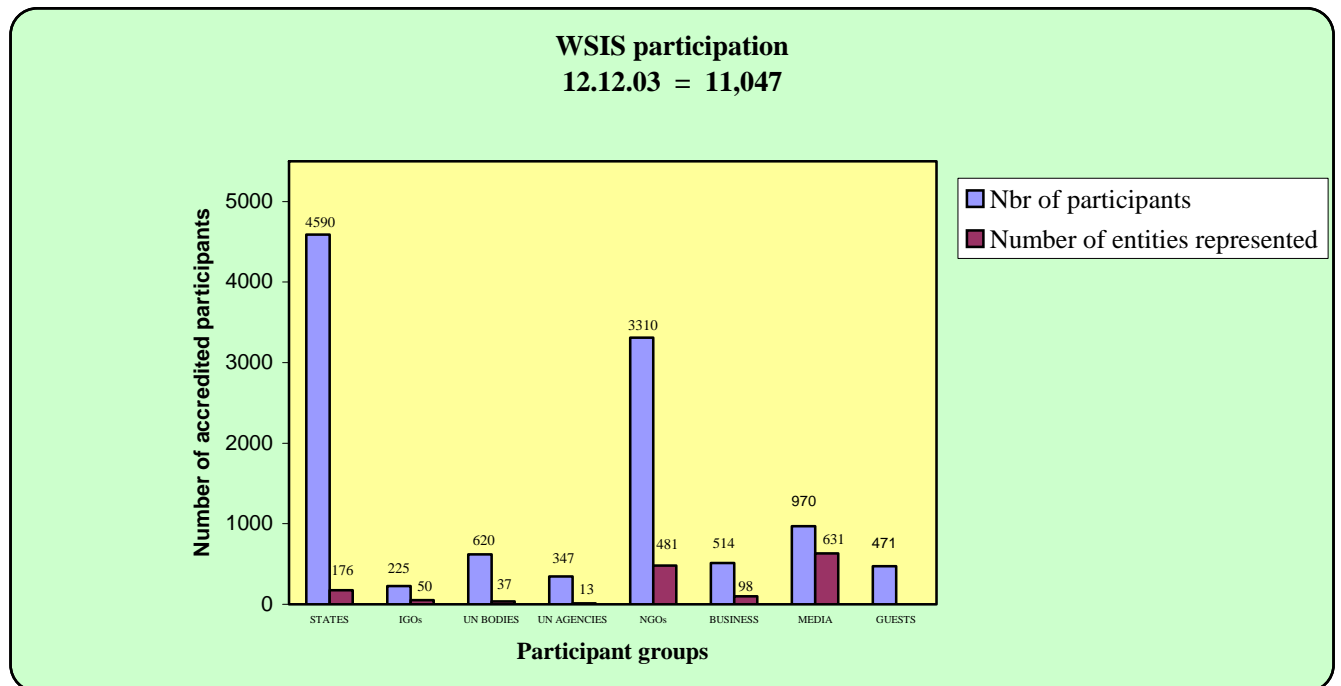
8. Logistik

8.1 Logistik für den gesamten Weltgipfel

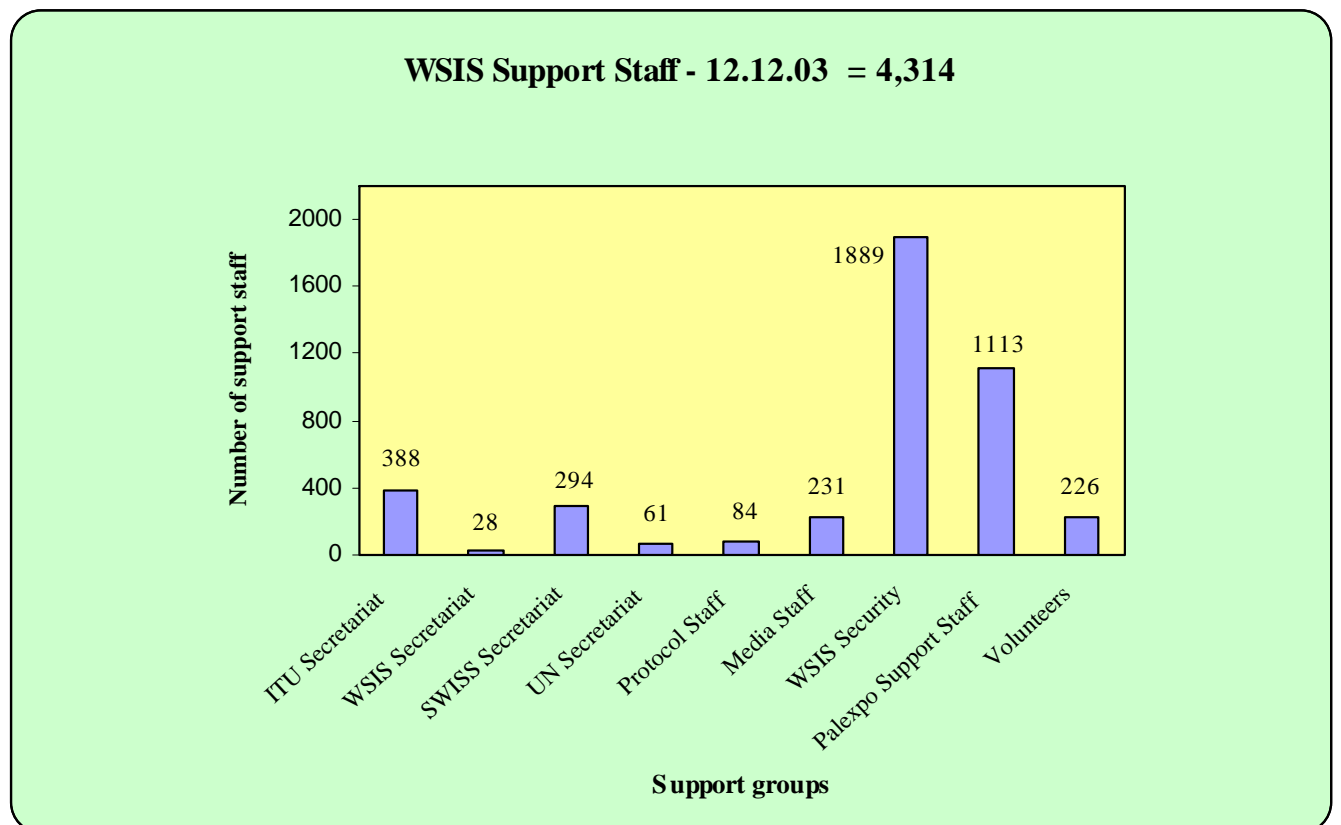
Die Organisation und Logistik (inkl. Sicherheit, Transporte und Konferenzmanagement) des Grossereignisses in den Hallen des Genfer Ausstellungs- und Kongresszentrums Palexpo wurde vom Schweizerischen Exekutivsekretariat unter der Leitung von Botschafter Daniel Stauffacher in enger Zusammenarbeit mit MCI Group, Geneva Palexpo, ICT4D und der ITU vorbereitet und überwacht. Diese sehr komplexe Aufgabe erforderte angesichts der knappen zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit ein sehr genaues Time-Management sowie eine grosse Flexibilität aller Partner. Obwohl die Zahl der WSIS-Teilnehmer mit über 11'000 der Summit Events-Besuchern mit über 38'000 praktisch doppelt so hoch waren wie ursprünglich erwartet, funktionierte die Durchführung des WSIS und aller Summit Events reibungslos und stiess auf grosse Anerkennung. Zu Kritik Anlass gaben einzig die etwas ungünstigen Lärmverhältnisse in einigen Sälen. Die geografische Nähe des Gipfels zu den Veranstaltungsorten der Summit Events, von denen die meisten ebenfalls im Palexpo stattfanden wurde von den Teilnehmern sehr geschätzt. Auch vor Ort und im Zusammenhang mit den Summit Events war die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern MCI Group und Palexpo reibungslos und zeugte von einer grossen Professionalität.

Auch die verschiedenen vom Protokoll des EDA und dem Kanton Genf organisierten Empfänge, Abend- und Mittagessen verliefen zur besten Zufriedenheit aller geladenen Gäste. Ausserdem war die Schweiz als Gastland verantwortlich für die Gestaltung der Begrüssungszeremonie vom Abend des 9. Dezember 2003. Unter der Leitung des SES gestaltete die Firma MCI in Zusammenarbeit mit dem BAKOM eine stimmungsvolle Zeremonie mit musikalischen Darbietungen und Auftritten von über 100 Kindern aus allen Kontinenten. BAKOM IR beriet MCI bei der Kommunikation der politischen Messages und koordinierte die Auftritte von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, Bundespräsident Pascal Couchepin, ITU-Generalsekretär Yoshio Utsumi sowie mit Vertretern des Privatsektors und der Zivilgesellschaft in dieser Zeremonie. Dank dem grossen Engagement und der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten gelang es, eine ansprechende und vielfältige Zeremonie zu gestalten, die Messages des Gipfels gut rüberbrachte und die bei den Teilnehmern positiv in Erinnerung blieb.

Grafik 1:
Zahl der Akkreditierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer am WSIS



Grafik 2:
Zahl der Akkreditierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den WSIS



8.2 Logistik für die Delegation des Gastgeberlandes Schweiz

Zur logistischen Unterstützung der Schweizerischen Delegation am WSIS wurde im Herbst 2003 unter der Leitung des Internationalen Dienstes (IR) des BAKOM eine „Task Force Suisse“ gegründet. 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAKOM haben dafür gearbeitet, dass die Schweizer Delegation während der ersten Phase des WSIS über die nötige Arbeitsinfrastruktur verfügte, um ihrer Rolle als Delegation des Gastgeberlandes eines Weltgipfels gerecht zu werden. Bereits während der Vorbereitungsphase hatte sich BAKOM IR um die logistische Unterstützung der Schweizer Delegation gekümmert.

Auch die Akkreditierung und Registrierung der Schweizerischen Delegation sowie des Schweizerischen Exekutivsekretariates wurde von der „Task Force Suisse“ des BAKOM vorgenommen. Insgesamt wurden die persönlichen Daten und Fotos von 140 Schweizer Teilnehmer gesammelt und verschiedene Kategorien von Zutrittsbadges ausgestellt. Diese wurden bereits im Vorfeld der Konferenz an die Schweizer Teilnehmer verteilt. Diese 140 Personen teilten sich in die folgenden Kategorien ein: Schweizer Delegation, Schweizer Sekretariat, spezielle Gäste (wichtige Personen, welche weder Teil der Delegation noch des Sekretariats waren, aber dennoch am WSIS teilnehmen wollten), sowie Staats- und Regierungschefs, Minister und deren Ehepartner. Für die Akkreditierung weiterer Teilnehmer aus der Schweiz (Medienvertreter, Sicherheitskräfte sowie eine grosse Zahl freiwilliger Helfer) war die ITU zuständig.

Die „Task Force Suisse“ des BAKOM war auch dafür zuständig, die Bewilligungen für die verschiedenen Fahrzeuge der Schweizer Delegation zu organisieren. Logistisch weit anspruchsvoller als man dies erwarten würde, war zudem die Aufgabe der Task Force Suisse, die offiziellen Konferenztaschen mit den von BAKOM IR vorbereiteten Informationsunterlagen an die einzelnen Schweizer Teilnehmer bei deren Ankunft zu verteilen.

Die Abteilung BO/L des BAKOM war verantwortlich für die Bereitstellung von Hotelzimmer für die Schweizerische Delegation sowie für das Management der Limousinen für die Bundesräte während des WSIS. Zudem hat eine Mitarbeiterin von BO/F bei der logistischen Koordination der Begrüssungszeremonie mitgewirkt.

BAKOM IR war im Weiteren für das Management (Reservation, Vorbereitung, Einrichtung) der Säle der Villa Sarasin zuständig, in welcher Staats- und Regierungschefs sowie Minister eine Reihe von bilateralen Treffen abhielten. Zudem übernahmen die Mitarbeiter des BAKOM protokollarische Dienste beim Empfang und bei der Begleitung schweizerischer und ausländischer Würdeträger (zu den bilateralen Treffen der Bundesräte siehe Kap. 5). Die Sicherheit der sich in der Villa Sarasin aufhaltenden Personen wurde mit den Armeekräften koordiniert. Dank einer ausgezeichneten Zusammenarbeit und Organisation der Kräfte konnten diese bilateralen Treffen ohne Zwischenfälle durchgeführt werden. Ausserdem hat das BAKOM der ITU 9 weitere Personen für protokollarische Dienste zur Verfügung gestellt.

Diese vielfältigen Aufgaben erforderten eine enorme logistische Leistung, welche in sehr kurzer Zeit erbracht werden musste. Dank einem hohen Einsatz und guter Zusammenarbeit des Team gelang es jedoch, alle diese Aufgaben zur besten Zufriedenheit zu erfüllen.

9. Sicherheit

Das Sicherheitsdispositiv wurde von der Arbeitsgruppe „Agora“ im Jahr 2002 erstellt. Diese Arbeitsgruppe wurde vom Stabchef der Kantonspolizei Genf und dem Delegierten des Bundesrates für den WSIS präsiert. Die Gruppe „Agora“ übernahm auch die Rolle eines Leitungsausschusses für die Detailplanung bei der Umsetzung des Dispositives. Für den Einsatz bzw. Kommando der Sicherheitskräfte während des Gipfels zeichnete der Kommandant der Kapo Genf verantwortlich.

Eine besondere Erwähnung verdient die ausgezeichnete Zusammenarbeit bei der Planung und Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen mit den Polizeibehörden des Kantons Genf, der Armee und dem Bundessicherheitsdienst sowie den Polizeidirektionen der Kantone, die Polizeikräfte zur Verfügung stellten. Die Sicherheit innerhalb des Konferenzperimeters wurde von Armeesicherheitskräften gewährleistet. Die UNO zeigte sich dafür sehr dankbar und lobte deren effiziente und professionelle Arbeit.

Es waren folgende Sicherheitskräfte im Einsatz:

1. Kantonspolizei Genf: 1200
2. Ausserkantonoale Polizeikräfte (IKAPOL) : 700
3. Armee : 900
4. 4 Armeehelikopter
5. 500 Fahrzeuge
6. 37 Kontrollsysteme mit Röntgenstrahlen, inkl. Lastwagen des Grenzwachtkorps mit Röntgenstrahlen
7. 20 Hunde für die Suche von Explosivem

Das Dispositiv bestand aus folgenden drei Hauptelementen:

- Schutz des Flughafens, des Palexpo und von Hotels und Residenzen
- Personalschutz und Eskorten
- Gewährung der Sicherheit in der Stadt Genf, inkl. bei Demonstrationen

Für die Koordination der Kommunikation in allfälligen Krisensituationen war das BAKOM zuständig. Diese Aufgabe setzte einen ständigen Kontakt mit den lokalen und kantonalen Polizeibehörden, mit dem Bundesamt für Polizei, mit der Armee und mit dem Grenzschutz voraus; zudem erfolgte für die Belange im Innern der Gebäude ein regelmässiger Informationsaustausch mit den Sicherheitsbeauftragten der ITU und der UNO. Das praktizierte Dispositiv ermöglichte es dem BAKOM, die Leitung des WSIS und die politischen Behörden in Bern jederzeit über den aktuellen Stand der Sicherheit in und um die Gebäude des WSIS zu informieren.

Dieses umfassende Sicherheitsdispositiv wurde nicht ernsthaft geprüft. Abgesehen von einigen kleinen von marginalen Gruppierungen provozierten Zwischenfällen kam es zu keinen Demonstrationen. Dies dürfte nicht zuletzt dem offenen Charakter des Gipfels und dem Einbezug der Zivilgesellschaft zu verdanken sein.

10. Bilanz der ersten WSIS - Phase

Die erste Phase des WSIS in Genf kann – entgegen ursprünglicher Befürchtungen und trotz eines schwierigen Vorbereitungsprozesses – als Erfolg bezeichnet werden. Das politische Resultat – die Prinzipienerklärung und der Aktionsplan – fiel besser aus, als auf Grund des schwierigen Vorbereitungsprozesses hätte erhofft werden können. Zu diesem Resultat haben die Vermittlungstätigkeiten der Schweizer Delegation in den letzten Tagen vor dem Gipfel wesentlich beigetragen. Auch das innovative Format des Gipfels, welches rund um den politischen Kern mit einer grossen Zahl von Veranstaltungen („Summit Events“) hervorragende Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs zwischen den verschiedenen Stakeholders bot, ist allseits auf positives Echo gestossen. Nicht zuletzt trug auch die logistische und organisatorische Vorbereitung und die - trotz einer doppelt so hohen Teilnehmerzahl wie prognostiziert - reibungslose Durchführung des WSIS 2003 in Genf zum Erfolg der ersten Phase bei. Auch die Zahl von 38'000 „Summit Events“-Besuchern und von 54 anwesenden Staats- und Regierungschefs sowie 83 Minister übertrafen die ursprünglichen Erwartungen deutlich.

Die Schweiz hat mit ihrem Engagement für eine reibungslose Vorbereitung und Durchführung und auch für ihre Vermittlertätigkeit in der entscheidenden Verhandlungsphase einen wesentlichen Betrag zu diesem Erfolg geleistet und hat sich dafür international von den beteiligten Partnern Respekt und Anerkennung erworben.

Als Hauptkriterien für den Erfolg des Gipfels können die folgenden Punkte hervorgehoben werden:

- Die Bedeutung der Informationsgesellschaft und der Entwicklungsdimension von IKT wurde umfassend Agenda der internationalen Zusammenarbeit platziert;
- Genf stellt den Beginn eines Prozesses dar, der bis Tunis 2005 und darüber hinaus weitergeführt wird;
- Es gelang, ein gutes politisches Resultat zu erzielen und die für die Informationsgesellschaft zentralen Werte und Rechte zu bestätigen (u.a. Informations- und Medienfreiheit);
- Das innovative Format des Gipfels (politischer Kern und sog. "Summit events" wie die ICT4D Plattform) trug zur Qualität des Dialogs zwischen allen "stakeholder" (Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatsektor) bei;
- Der im Vergleich zu früheren Gipfeln stärkere Einbezug von Zivilgesellschaft und Privatsektor erwies sich als bereichernder "reality check" im Verhandlungsprozess;
- Hohe Beteiligung:
 - 54 Staats- und Regierungschefs und 83 Minister
 - 11'047 Delegierte (statt der erwarteten 6 - 8'000), darunter 3'300 Vertreter der Zivilgesellschaft und mehr als 500 Vertreter des Privatsektors;
 - grosses Publikumsinteresse an den öffentlichen Veranstaltungen (allein 38'000 Besucher bei der "ICT4D"-Plattform).

Im Verlaufe des Vorbereitungsprozesses ist es gelungen, die zu Beginn weit verbreitete Skepsis der Privatwirtschaft gegenüber dem WSIS stark abzubauen und viele Unternehmen zur Teilnahme am WSIS-Prozess zu bewegen – wenn auch oft nicht auf allerhöchstem Niveau. In dieser Hinsicht bleibt für die zweite Phase weitere Arbeit zu leisten.

11. Ausblick auf die zweite Phase 2005 in Tunis

Da Genf 2003 lediglich den Beginn eines internationalen Prozesses darstellt, hängt die Nachhaltigkeit des Erfolges von Genf wesentlich von der Fortsetzung dieses Prozesses und der Umsetzung der in Genf beschlossenen Ziele ab. Von entscheidender Bedeutung für diese Umsetzung wird die Frage sein, wieweit es gelingt, die in Genf begonnene Integration von Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft in den Prozess zu festigen und auszubauen.

Die nächste grosse Etappe wird die zweite Phase des WSIS im November 2005 in Tunis sein. Für diese Phase liegt es am Gastgeberland Tunesien, die operative Führung und die Hauptverantwortung zu übernehmen, um die zweite Phase in Zusammenarbeit mit der ITU und dem UNO-System zum Erfolg zu führen. Die Schweiz wird das personelle und finanzielle Engagement für die zweite Phase stark reduzieren. Sie wird aber auch in der zweiten Phase als aktive Delegation präsent sein und sie wird aufgrund ihrer in der ersten Phase gesammelten Erfahrungen Tunesien, der ITU und der UNO wichtigen Support im politisch-diplomatischen aber auch im operativ-logistischen Prozess leisten.

Aus Schweizer Sicht sind bis Tunis 2005 folgende Ziele prioritär:

- die Fortführung des politischen und diplomatischen Prozess bis Tunis inklusive einer Vertiefung des Aktionsplanes von Genf. Dabei sollen die Resultate von Genf nicht neu verhandelt, sondern wo sinnvoll ergänzt und weiterentwickelt werden.
- die konstruktive Behandlung der kontroversen Themen (Finanzierung, Internet-Governanz, etc.) in den Arbeitsgruppen unter der Ägide des UNO-Generalsekretärs.
- der Fokus bis Tunis 2005 und auch darüber hinaus soll klar auf die Umsetzung der Ergebnisse von Genf ausgerichtet sein. Es sollen möglichst konkrete Projekte entwickelt, diskutiert und auch umgesetzt werden.
- die Weiterentwicklung und Vertiefung des Einbezugs von Zivilgesellschaft, des Privatsektors, der Internationalen Organisationen sowie der Medien in den Gipfelprozess. Das Potential all dieser Stakeholder soll durch eine konstruktive Zusammenarbeit und verstärkte Partnerschaften maximal genutzt werden.

.....

Annex 1. Perspektive der Wirtschaft

Von Thomas Pletscher, economiesuisse

Die künftige Ausgestaltung der Informationsgesellschaft ist für die Wirtschaft und die Unternehmen von grosser Bedeutung. Die entsprechenden Fragen können nur auf internationaler Ebene angegangen werden.

Seitens der Wirtschaft bestand von Anfang an ein Interesse an einem erfolgreichen Abschluss des Gipfels. Staatlichen Eingriffsmöglichkeiten sind allerdings gerade in diesem dynamischen Bereich enge Grenzen gesetzt, sollen grundlegende ordnungspolitische Regeln nicht missachtet werden. Entscheidend ist, dass

- die funktionierenden – auf privaten Strukturen beruhenden – gesetzlichen Regeln des Internets nicht ausser Kraft gesetzt werden,
- zentrale Rechte wie ein hoher Schutz des Geistigen Eigentums (Urheberrechte) gewährleistet werden,
- auf ordnungs- und finanzpolitisch problematische Finanzierungsinitiativen verzichtet wird und
- privaten Kooperationsinitiativen ein grosser Raum eingeräumt wird.

Es wäre problematisch, wenn diese an sich technisch und wirtschaftlich orientierte Thematik durch mit der Fragestellung nicht zentral verbundene Fragen der Menschenrechte blockiert würde, so wichtig diese Belange zweifellos sind. Andererseits ist aus Sicht der Wirtschaft die Medienfreiheit – vor allem auch im Bereiche der kommerziellen Kommunikation – zu gewährleisten. Die Interessen der Wirtschaft werden durch eine gemeinsame Plattform, das Coordinating Committee of Business Interlocutors (CCBI) unter Führung der Internationalen Handelskammer ICC, wahrgenommen. Die entsprechenden Positionen werden von economiesuisse geteilt. Ferner beteiligte sich die Wirtschaft an der mit dem WSIS untrennbar verbundenen Plattform ICT4D.

Die Schlusserklärung trägt insgesamt den zentralen Anliegen der Wirtschaft Rechnung. Damit ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft geschaffen. Ein Vorgehen an den Anforderungen der Wirtschaft vorbei hätte alle Aktionen im Voraus zu Makulatur und toten Buchstaben qualifiziert. Der WSIS bot sehr gute Kontaktmöglichkeiten mit allen Kreisen, welche sich mit der Weiterentwicklung der Informationsgesellschaft im Rahmen des UN-Systems befassen. Der Informationsaustausch war wertvoll und es wurden auch konkrete Partnerschaften beschlossen. Das Ergebnis ist unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen als positiv zu werten. Entscheidend wird nun sein, dass die Wirtschaft auch für die zweite Phase in Tunis als zentraler Partner der Diskussionen mit einbezogen wird. Die Wirtschaft ist über ihr Koordinationsgremium bereit, diese Aufgabe entschlossen wahrzunehmen.

Annex 2: rapport des représentants de la société civile suisse, membres de la délégation

1) Contenus

Une analyse approfondie des contenus du SMSI, c'est-à-dire des textes finaux de la Déclaration et du Plan d'Action n'est pas possible dans le cadre de ce bref rapport.

Toutefois, le bilan général pourrait se résumer en quatre points:

- l'orientation globale de la Déclaration est devenue moins techniciste au fil des conférences préparatoires.
- en dernier lieu un recul inacceptable a été évité sur les questions centrales des droits de l'homme et des médias
- les propositions novatrices faites par la société civile n'ont pas été intégrées de façon satisfaisante dans la Déclaration et le plan d'action.
- les mesures préconisées dans ces textes ne sont pas suffisamment fondées sur une analyse des besoins des populations, notamment des communautés défavorisées des pays en développement.

Voici le détail de quelques points importants² aux yeux de comunica-ch, la coalition de la société civile suisse :

- a) *Médias*: longtemps menacé, l'article sur les médias a finalement fait l'objet d'un consensus. La société civile salue le maintien de l'article 55 de la Déclaration, et particulièrement l'ajout d'une phrase signalant que la «diversity of media ownership should be encouraged». Elle demeure toutefois préoccupée par la phrase «We call for the responsible use and treatment of information by the media in accordance with the highest ethical and professional standards». La société civile rappelle également que toute mention des médias communautaires a été évincée des textes officiels.
- b) *Droits de l'homme*: en matière de droits de l'homme, la société civile craignait un retour en arrière par rapports aux accords existants de l'ONU, notamment par rapport à l'article 19 de la Déclaration Universelle des droits de l'homme. Les gouvernements sont finalement parvenus à un consensus, qui représente un status quo, sur ce thème...même si une analyse précise montre que le rappel de l'article 29 de la DUDH affaiblit la référence à l'article 19. Pour la société civile le pire a donc été évité, mais la question des droits de l'homme demeure une source de préoccupation.
- c) *Droits du travail*: Les références aux conventions de l'Organisation Internationale du Travail (OIT) ont été supprimées des textes, laissant la place à une formulation vague.
- d) *Logiciels libres*: Sous prétexte de «discrimination, ou neutralité, technologique», les logiciels libres n'apparaissent pas suffisamment comme une solution modèle à promouvoir. Les gouvernements doivent encourager la recherche sur l'utilisation, le développement et la mise en œuvre de logiciels libres, particulièrement dans les administrations gouvernementales.
- e) *Financement*: il a fallu toute l'insistance de pays en développement pour que la mention des 0,7% du produit intérieur brut (PIB) que les pays «développés» se sont engagés, depuis plus de 20 ans, à consacrer à l'aide au développe-

² Pour plus de détails, voir notamment : «Memorandum de comunica-ch (société civile suisse) à l'attention de Monsieur le Président de la Confédération Pascal Couchepin». Genève, le 13 novembre 2003. www.ppp.ch/communication

ment demeure dans les textes. Quand aux propositions de la société civile – réforme du système de répartition des taxes, désendettement créatif et études sur de nouveaux mécanismes de financement – elles n'ont trouvé aucun écho.

2) Procédures de participation au niveau international

a) Quelle participation?

Dans le cadre du processus préparatoire du SMSI, la question de la modalité de participation de la société civile a été au cœur des débats. Avant la première conférence préparatoire (prepcom1), les responsables et les organisateurs du Sommet ont multiplié les vœux de collaboration, voire même d'innovation. Ils ont appelé à un nouveau mode gouvernance, tri-partite. A l'issue du Sommet, le bilan sur les formes de consultation est mitigé pour la société civile: le Sommet a innové, mais n'a pas abouti à une réelle consultation.

Parmi les procédures de consultations positives, il faut relever:

- Documents: la distribution de la contribution des observateurs, avec les documents officiels des gouvernements, à l'issue de la prepcom2 (février 2003)
- Plénières: la possibilité pour les observateurs d'intervenir en plénière, au début des délibérations sur chaque chapitre de la Déclaration et du plan d'Action (5 minutes pour la société civile)
- Bureau de la SC: les rencontres entre le bureau des gouvernements et celui de la société civile.

Parmi, les obstacles à une participation de la société civile, il faut relever:

- Groupe de travail gouvernementaux (au niveau international): l'éviction systématique des observateurs de tous les groupes de travail gouvernementaux.
- Un déclin de la consultation: au fil des négociations, et à partir de la prepcom3, la consultation de la société civile au niveau international s'est affaiblie. Lors des prepcom3 bis (novembre) et 3ter (décembre), le rôle de la société civile est devenu symbolique.

La société civile a donc été écartée des lieux et moments réels de négociations.

Pour améliorer les formes de consultations entre les acteurs gouvernementaux et la société civile, les auteurs de ce texte recommandent à la délégation suisse de s'engager pour:

- permettre aux observateurs d'assister aux délibérations des groupes de travail gouvernementaux Et de leur garantir des temps de paroles appropriés.
- Mettre en place des rencontres informelles régulières entre des experts de la société civile et les acteurs gouvernementaux.
- encourager les Etats participants à mener des consultations nationales/régionales, entre des représentants du gouvernement et de la SC.

b) Tri-partisme?

Le SMSI a donné lieu à un hiatus considérable, en matière de participation, entre le discours et la réalité de la pratique. Il a été question «d'une intégration pleine de la société civile dans les travaux de préparation comme dans le Sommet», de «rassemblement de tous les acteurs en vue de former un consensus mondial», de «nouveau partenariat», de «nouvelle gouvernance» et de «tri-partisme.»

Or le SMSI a été et reste un Sommet inter-gouvernemental. Les gouvernements ont été les acteurs réels des négociations. Si le processus a donné lieu à de nouvelles formes de participation de la société civile (cf.point a), le statut de cette dernière est

resté purement consultatif. Et soumis à la bonne volonté des gouvernements. Les procédures du SMSI n'ont donc rien à voir avec un tri-partisme, au sens juridique du terme, tel qu'il existe au sein de l'organisation internationale du travail (OIT). Un usage plus précis des termes, dans les discours officiels, aurait permis d'éviter un certain nombre de frustrations au niveau des acteurs non-gouvernementaux et nombres de malentendus ou d'imprécision dans les médias.

c) Deuxième phase du Sommet à Tunis

Comme elle l'a déjà mentionné à plusieurs reprises, une grande partie de la société civile suisse est préoccupée par la tenue de la deuxième phase du Sommet à Tunis. Lors des dernières conférences préparatoires (novembre et décembre) et au cours des événements parallèles du Sommet, plusieurs interventions de groupes tunisiens ont accentué ces inquiétudes. Par exemple³:

- pressions individuelles sur certains défenseurs des droits de l'homme
- perturbation de conférences (par exemple la conférence du 10 décembre sur la liberté de la presse et les droits de l'homme, organisée dans le cadre des événements de comunica-ch, par Amnesty international et comedia)
- vols de pétitions (qui ont trait à la Tunisie) et récit de vol/destruction de journaux «Terra Viva» (journal du Sommet, qui contenait des articles sur la Tunisie)

Plusieurs organisations suisses membres de la plate-forme comunica-ch demandent donc au gouvernement et à la délégation officielle suisses de s'engager pour:

- la libération des journalistes et autres prisonniers d'opinion détenus en Tunisie
- la nomination d'une personnalité non discréditée à la tête de l'organisation de la deuxième phase du Sommet
- la garantie que tous les représentants de la société civile tunisienne et internationale puissent participer librement aux travaux du Sommet⁴

3) Procédures et consultations au niveau national

Les représentants de la société civile tirent un bilan nuancé de leur participation à la délégation suisse. Des pans entiers de thèmes à négocier –comme les médias– ont été intégrés sur proposition de comunica-ch. D'autres, comme le financement, ont été présentés sans recevoir l'écho espéré. Cette différence s'explique facilement : dans le premier cas, il s'agissait de reprendre des positions largement partagées, dans le second d'un modèle plus novateur. Les frustrations sont à la mesure de ce que le processus pouvait laisser espérer, et pour lequel la société civile a fourni un effort très important. Les représentants de comunica-ch ont apprécié que, dans un premier temps du moins, les échanges aient pu se faire sur une base de collaboration effective. Celle-ci s'est diluée au fur et à mesure que l'échéance du sommet approchait. Il est difficile de savoir si ce processus était « naturel » (les décisions appartenant aux Etats) ou le fruit de négligences, surcharges de travail, etc.

Cette nouvelle expérience a aussi permis à la société civile de réfléchir aux ambiguïtés que l'exercice entraîne, notamment quant à la liberté d'expression (un thème sur lequel elle souhaiterait prolonger la discussion).

³ Pour plus d'informations, voir par exemple l'article de Didier Pradervand «L'activité d'étrange délégués tunisiens irrite» dans «Le Temps», du 12.12.03

⁴ Pour voir le texte complet de la pétition internationale que soutien comunica-ch: www.iris.sgdg.org/actions/smsi/hr-wwsis/petition-tunisie-fr.html

En ce qui concerne la suite du processus et la deuxième phase du Sommet, il est important que la délégation et le gouvernement suisses définissent, avec les acteurs non-gouvernementaux :

- comment vont se poursuivre les consultations, au niveau national, entre Genève et Tunis
- comment le gouvernement suisse compte utiliser et mettre en oeuvre les résultats de la première phase du Sommet (Déclaration et Plan d'Action)
- quelles positions et propositions la Suisse compte mettre en avant pour l'élaboration des textes du Sommet de Tunis. Notamment comment la délégation compte s'engager pour faire avancer des thèmes qui n'ont pas trouvé un écho suffisant dans les textes officiels de la première phase

Ce texte présente le point de vue des quatre représentants de la société civile
au sein de la délégation officielle:
Alexandre Sami et Michel Bührer (Impressum)
Chantal Peyer (Pain pour le prochain),
et Wolf Ludwig (comedia)

Annex 3. Weitere Informationen und Dokumente

Beschlüsse des Bundesrates zum WSIS:

- Beschluss des Bundesrates vom 18. Oktober 2000 zur Kandidatur der Schweiz als Gastgeberland des WSIS
- Beschluss des Bundesrates vom 2. Mai 2001 zur Diskussionsnotiz UVEK/EDA vom 1. Mai 2001 zur Schweizer Kandidatur
- Beschluss des Bundesrates vom 22. August 2001 zum Verpflichtungskredit für die Schweizer Kandidatur
- Beschluss des Bundesrates vom 21. November 2001 zur schweizerischen Projektstruktur und zur Ernennung des Delegierten des Bundesrates für den WSIS 2003 in Genf.
- Beschluss des Bundesrates vom 24. Juni 2002 zur ersten WSIS-Vorbereitungskonferenz vom 1. – 5. Juli 2002
- Beschluss des Bundesrates vom 12. Februar zur zweiten WSIS-Vorbereitungskonferenz vom 15. – 28. Februar 2003 und zum weiteren Vorgehen
- Beschluss des Bundesrates vom 14. März 2003 zum Nachtragskredit 2003 für den WSIS
- Antwort des Bundesrates vom 17. März auf die Frage Menétrey-Savary vom 11. März 2003
- Antwort des Bundesrates vom 22. Oktober 2003 auf die Dringliche Einfache Anfrage Eggly vom 17. September 2003 zu den Sicherheitsmassnahmen beim WSIS
- Antwort des Bundesrates vom 19. November 2003 auf die Motion Eggly vom 15. September 2003
- Beschluss des Bundesrates vom 26. November zur ersten Phase des WSIS vom 9. – 12. Dezember 2003
- Infonotiz des Bundesrates vom 18. Dezember 2003 zur ersten Phase des WSIS
- Antwort des Bundesrates vom 25. Februar 2004 auf die Interpellation Menétrey-Savary vom 19. Dezember 2003 zur Evaluation der ersten Phase

Politische Papiere der ersten Phase des WSIS:

- Wortlaut der Prinzipienerklärung von Genf:
http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0004!!MSW-E.doc
- Wortlaut des Aktionsplanes von Genf:
http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0005!!MSW-E.doc
- Schlussbericht der ITU zur ersten Phase des WSIS:
http://www.itu.int/dms_pub/itu-s/md/03/wsis/doc/S03-WSIS-DOC-0009!R1!MSW-E.doc

Internetseiten zum WSIS-Prozess:

- Website der ITU zum WSIS-Prozess:
<http://www.itu.int/wsis/>
- Website des Gastlandes der ersten Phase:
<http://www.wsisgeneva2003.org>
- Website von Tunesien für die zweite Phase:
<http://www.smsitunis2005.org>
- Website der Abteilung Zivilgesellschaft des WSIS-Exekutivsekretariats: <http://www.wsis2005.org>
- Website des Coordinating Committee of Business Interlocutors (CCBI):
<http://businessatwsis.net>
- Website der Internationalen Handelskammer (ICC) zum WSIS:
http://www.iccwbo.org/home/e_business/wsis.asp
- <http://wsis-online.net>
- WSIS-Dossier der Zeitung Le Temps:
<http://www.letemps.ch/dossiers/2003smis/>